

1. Wohnungspolitische Rahmenbedingungen und Grundlagen

1. Die FDP Frankfurt setzt auf marktwirtschaftliche Lösungen, Eigenverantwortung und Freiräume statt staatlicher Vorgaben. Wir erleichtern Investitionen in Wohnraum, bauen Bürokratie ab und digitalisieren die Verwaltung für effiziente Prozesse. Frankfurt bleibt bezahlbar, dynamisch und offen – durch Wachstum, Innovation und weniger Regulierung.
2. Wir beschleunigen die Verwaltung durch digitale Prozesse und schnelle Genehmigungen. Neue Verbote lehnen wir ab und setzen auf Anreize für Bauende sowie mehr Bauland und Nachverdichtung.

2. Stellschrauben kommunaler Boden- und Wohnungspolitik

Erbbauzins und Bodenpolitik:

3. Erbbaurechte sind ein bewährtes Instrument – auch für private Eigentümer. Wir fordern eine Entlastung durch Senkung der Erbbauzinsen auf 1,75% für selbstgenutztes Wohneigentum und 2,25% generell sowie Flexibilisierung für Vermieter (Deckung auf 30% der Mieteinnahmen statt bürokratischer Kriterien, besonders für soziale Vermieter und Genossenschaften). So schaffen wir Planungssicherheit, vermeiden soziale Härten und fördern Eigentum – fiskalisch verantwortungsvoll.
4. Bodenwerte sind in den letzten zwei Jahren lokal gesunken. Durch mehr Bauland und erleichterte Nachverdichtung koppeln wir Bodenwerte an die Mieten und bremsen Preisanstiege.

Konversionsflächen und Neubaugebiete:

5. Frankfurt muss wachsen: Wir setzen die im ISTEK (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) vorgesehenen Flächen zügig um. Konversionsflächen eignen sich vor allem an Verkehrsachsen; wegfallende Gewerbeflächen ersetzen wir durch neue. In Neubaugebieten bieten wir kleine Parzellen (z. B. bei Blockrandbebauung) an, damit Privatpersonen und Genossenschaften Mehrfamilienhäuser in neuen Quartieren errichten können.

Kulturcampus Bockenheim:

- 6./7./8. Der Abriss des Juridicums ist unausweichlich – Erhalt ist ökologisch und ökonomisch unsinnig bei Betrachtung der Bausubstanz, des Grundwassers und der Grundrisse. Der gesamte Kulturcampus mit allen Akteuren muss zielstrebig umgesetzt werden. Die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst braucht einen Neubau in einem Gebäude

Neue Stadtviertel:

9. Wir stehen hinter allen genannten Quartiersentwicklungen. Infrastruktur (Sozial, Verkehr, Einkäufe) wird direkt eingeplant – für lebendige Nachbarschaften.

Bestandsentwicklung – Leerstand nutzen:

10. Bei Hessens geringstem Leerstand (ca. 13.000 Einheiten stadtweit, 60% unter 3 Monaten, 21% umbaubereit) sehen wir für die restlichen 2.400 leerstehenden Wohnungen keine Notwendigkeit für eine Leerstandssatzung. Zumal zahlreiche dieser übrigen Wohnungen im staatlichen Eigentum sind. Stattdessen schaffen wir Anreize für die Nutzung.

11. Zweckentfremdung und Umwandlung: Das Umwandlungsverbot ist Ländersache und ist zum 31.12.2025 ausgelaufen, wie von CDU/SPD beschlossen (zum 31.12.2026 in Milieuschutzgebieten). Wir lehnen eine Verlängerung ab – wie die ersten Monate 2026 und das seit fünf Jahren ungenutzte Vorkaufsrecht zeigen, droht keine erhöhte Gefahr für Mieter.

Bestandsentwicklung – Kooperationen:

12. /13. Kompetenzen von Wohngruppen, Genossenschaften und Wohnungsunternehmen sollten gebündelt werden – für wirtschaftlich durchdachte und umsetzbare Projekte.

Konzeptverfahren und Baulandbeschluss:

14. Der Baulandbeschluss ist praxistauglich nicht tragbar – feste Quoten und Regelungen behindern den dringend benötigten Neubau, der dann zu einer Entlastung des gesamten Wohnungsmarktes beiträgt.

15. Konzeptvergaben sind gut, aber nur mit starker wirtschaftlicher Vernunft.

3. Generationengerechte Wohnungspolitik

16. Wir begrüßen Integrative Wohnkonzepte, generationengerechtes Bauen und übergreifende nachbarschaftliche Unterstützung.

17. /18. Bestehende Förderprogramme unterstützen Umbauten und Neubauten für Barrierefreiheit. Eine Evaluation und Anpassung dieser Förderprogramme ist sinnvoll und soll regelmäßig stattfinden.

4. Klimagerechtes Leben

Ökologisches Bauen und Wohnen:

19. Die FDP unterstützt technologieoffene Lösungen und Innovation statt Vorgaben. Neubauten sind heute in der Regel sehr klimafreundlich und nachhaltig durch effektive Dämmung und effiziente Heizung.

20. Nach und nach erfährt der Immobilienbestand energetische Sanierungen. Wenn ausreichend Wohnraum geschaffen werden kann, wird der gesamte Wohnungsmarkt entlastet. Außerdem wollen wir einen Umstieg von der Objekt- auf die Subjektförderung,

z.B. über eine Art kommunales Wohngeld. Nicht die Wohnung braucht Unterstützung, sondern diejenigen, die darin wohnen.

Klimafreundliche Mobilität:

21. Wir lehnen Verbote und Abgaben ab, setzen auf Wahlfreiheit mit digitaler Verkehrssteuerung sowie multimodalen Knotenpunkten. Wir fordern ein durchgängiges Fahrradnetz auf Nebenstraßen, ÖPNV-Ausbau und Anreize durch P+R-Anlagen.

Klimafreundliche Quartiere:

22. Wir erhalten Grün- und Freiräume, verbessern Aufenthaltsqualität und unterstützen gemeinschaftliche Wohnprojekte – marktwirtschaftlich und zukunftsweisend.